



MENSCHEN ALS WAFFE?

Die israelische Politologin Einat Wilf hat über 1700 palästinensische Dokumente und Erklärungen geprüft. Sie kommt zum Schluss: «Wir haben den Palästinensern nie ordentlich zugehört.»

Ulrich W. Sahn



«War of Return». Krieg der Rückkehr. Die israelische Politologin Einat Wilf hat zusammen mit dem Journalisten Adi Schwartz ein bislang nur auf Englisch erschienenenes Buch veröffentlicht, das für Israelis wie für Europäer ein bedeutsamer Augenöffner sein könnte. Aber es ist keine leichte Kost, denn seine Konsequenz bedeutet die Abkehr von vielen Träumen.

Wilf schildert im Buch ihren Weg von der «typischen linken Israelin» zur Politwissenschaftlerin. Natürlich war sie als engagierte linke Studentin gegen die «Siedlungen» und überzeugt, dass Frieden einkehren würde, sowie Israel sich aus den umstrittenen Gebieten zurückziehen würde und die Palästinenser im Westjordanland und in Gaza einen Staat gründen könnten. Alle Probleme schienen so leicht zu lösen. Für Wilf kam das erste Aufwachen im Sommer 2000, als der israelische Premierminister Ehud Barak dem PLO-Chef Jassir Arafat fast das ganze Westjordanland und noch dazu Ostjerusalem zur Einrichtung einer «Hauptstadt» angeboten hatte. Sie konnte es nicht begreifen, was da passierte. Warum

lehnte Arafat das alles ab? Das Ganze wiederholte sich 2008, als Premierminister Ehud Olmert dem Nachfolger Arafats, Mahmoud Abbas, ein noch weitreichenderes Angebot machte. Plötzlich verstand Wilf, dass ihr langer Kampf gegen die Siedlungen und ihre Kritik an der rechten Regierungspolitik nicht mehr mit der Realität zusammenpasste.

Als Wissenschaftlerin prüfte Wilf über 1700 palästinensische Dokumente, öffentliche Erklärungen und andere Zeitzeugnisse. Sie wollte verstehen, warum die israelischen Angebote ausnahmslos abgelehnt worden waren. Sie kam zum Schluss, dass weder die israelischen Linken noch die Europäer und andere den Palästinensern jemals richtig zugehört hatten. Alle hätten übersehen, dass es den Palästinensern gar nicht um die Errichtung eines eigenen Staates im Westjordanland mit Ostjerusalem als Hauptstadt ging. Vielmehr ergebe die Lektüre der palästinensischen Dokumente, dass ihr Hauptziel das «Recht auf Rückkehr» für alle Nachkommen und Verwandten von Arabern aus Palästina sei, also eine Überschwemmung des jüdischen Staates mit über fünf Millionen arabischen Bürgern, um mit demografischen Mitteln aus Israel einen Staat mit muslimisch-arabischer Mehrheit zu machen. Anders ausgedrückt: Mit Hilfe möglichst vieler «Heimkehrer» sollte Israel als jüdischer Staat abgeschafft werden. So liess sich auch nachweisen, dass die von den Europäern vorangetriebene «Zwei-Staaten-Lösung» keinerlei Frieden oder «Lösung» des Konflikts herbeiführen kann, weil dieses Ziel nicht das Hauptanliegen der Palästinenser berücksichtige: Rückkehr in ihre alten 1948 verlassenen Häuser und Dörfer, wo längst israelische Ortschaften und Städte wie Tel Aviv entstanden sind.

Wilf interpretiert die Unterstützung dieses palästinensischen Bestrebens als fortwährenden Versuch, den jüdischen Staat wieder von der Landkarte zu wischen. Und sie benennt Ursachen: Ein Hauptspieler sei die UNO mit der Errichtung der UNRWA, der Flüchtlingshilfeorganisation für die arabischen Flüchtlinge aus Palästina. Das Hilfswerk war 1949 als temporäres Hilfsprogramm der Vereinten Nationen eingerichtet worden, um Flüchtlinge, die nach dem Unabhängigkeitskrieg Israels 1948 hilfsbedürftig geworden waren, zu versorgen. Seitdem ist das Mandat regelmässig um jeweils drei Jahre verlängert worden. Während aber jüdische Flüchtlinge aus dem ehemaligen Mandatsgebiet Palästina längst in Israel oder anderen Staaten eine neue Heimat gefunden haben, hat die UNRWA für die Araber der umstrittenen Gebiete, die seit 1968 oft Palästinensische Gebiete genannt werden, einen Status erfunden, der für keinen Einzigen der anderen Millionen Flüchtlinge seit dieser Zeit gilt. So dürfen die Palästinenser ihren Flüchtlingsstatus auf ihre Nachkommen vererben. Doch dieses Privileg ist ein Fluch. Anstatt sich umgehend in ihren Zufluchtsländern zu

integrieren und eine neue Existenz aufzubauen, wurden und werden diese Menschen dazu angehalten, sich stets als «Flüchtlinge» zu betrachten und die Träume von einer Rückkehr in ihre teils nicht mehr existierenden Dörfer auch ihren Kindern weiterzugeben. Ihre Integration wird in arabischen Ländern mit Absicht verhindert, etwa durch Studiums- und Berufsverbot. So wird das Problem ständig grösser. Mitsamt Kindern, Kindeskindern, Adoptivkindern und eingeeheirateten Frauen ist die Masse dieser «Flüchtlinge» inzwischen auf über fünf Millionen Menschen angeschwollen und wächst unaufhaltsam weiter. Die Kinder dieser Menschen werden dazu verdammt, niemals selbständig zu werden. Die Organisation verschlingt Milliarden, die man andernorts Menschen in Not vorenthält. So entsteht eine menschliche Lawine, die keiner der Verantwortlichen gewillt ist, zu stoppen.

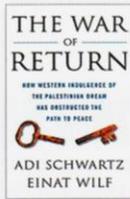
An dieser Stelle können auch Parallelen zu Deutschland im Europa der Nachkriegszeit gezogen werden. Wie in Nahost wurden auch in Europa infolge des verlorenen Krieges die Grenzen neu gezogen. Millionen Deutsche wurden aus den sogenannten Ostgebieten vertrieben, wo die Russen oder die Polen eingezogen waren. Dazu gehören Städte wie

“

Solange europäische Politik so wenig mit der Wirklichkeit zu tun hat, wird es auch für die Araber aus dem ehemaligen Mandatsgebiet keine Zukunft geben.

Königsberg und Danzig sowie klassische deutsche Landschaften wie Ostpreussen. Man stelle sich jetzt mal vor, dass eine grosse, wohlfinanzierte UNO-Organisation, oder gar die Bundesregierung, diesen Menschen beständig einreden würde, dass sie und ihre Kindeskindern in ihre alte Heimat zurückkehren könnten und dass die Besetzung dieser Gebiete durch Polen und Russland «völkerrechtlich illegal» sei. Dass jegliche Art des Terrors legitim sei, weil er sich ja gegen ein Unrecht richte. Können wir uns eine Vertriebenen-Hamas vorstellen, die ein Gaza an der Küste zu Dänemark aufbaut, und Schulbücher, die wegen der verlorenen Städte des Elsass gegen Frankreich hetzen? Dann gäbe es heute keinen «Frieden» in Europa.

Wilf zitiert aus dem Anlass Willy Brandt, der 1970 den Vertriebenen erklärte, dass es für sie keine Rückkehr mehr gebe. Sie sagt, dass die Palästinenser dringend einen «Willy Brandt benötigen», der sie von ihren Rückkehrträumen heilen könne. Es lohnt sich, an diese Rede Brandts im Wortlaut zu erinnern. Er sagt nicht, dass man vergessen solle. Er redet das Leid der Menschen nicht klein. Aber er spricht



Es gilt, die Illusionen hinter sich zu lassen. Dieses Buch kann in diesem Sinne ein Augenöffner sein.

angesichts der Ostverträge und des damit verbundenen Gebietsverlustes von Verantwortung:

«Wir haben uns nicht leichten Herzens hierzu entschieden. Zu sehr sind wir geprägt von Erinnerungen und gezeichnet von zerstörten Hoffnungen. Aber guten Gewissens, denn wir sind überzeugt, dass Spannungen abgebaut, Verträge über Gewaltverzicht befolgt, die Beziehungen verbessert und die geeigneten Formen der Zusammenarbeit gefunden werden müssen, um zu einer europäischen Friedensordnung zu gelangen. Dabei muss man von dem ausgehen, was ist; was geworden ist. Auch in Bezug auf die Westgrenze Polens. Niemand hat uns zu dieser Einsicht gezwungen. Wir sind mündig geworden. Es geht um den Beweis unserer Reife und um den Mut, die Wirklichkeit zu erkennen.» (7. Dezember 1970)

Die EU und Deutschland, wo die von Israelis und Palästinensern abgelehnte «Zwei-Staaten-Lösung» als einziger Weg zu einem Frieden gehandelt wird, lassen zurzeit diese Reife und den Mut, die Wirklichkeit zu erkennen, schmerzlich vermissen.

Als langjähriger Korrespondent in dieser Region kann ich diese «Entdeckungen» von Wilf nur bestätigen. In allen Büros von PLO-Spitzenpolitikern und Geheimdienstleuten hängen wohlplatziert hinter den Schreibtischen grosse Landkarten von «Palästina». Nirgendwo sind auf offiziellen Papieren oder in Veröffentlichungen der PLO auch nur andeutungsweise die Grenzen Israels oder der umstrittenen Gebiete zu sehen. Und bei genauem Hinschauen sind dort auch nicht die heutigen Namen israelischer Städte wie Tel Aviv eingetragen, sondern die Bezeichnungen von längst nicht mehr existierenden arabischen Ortschaften. Entsprechende Landkarten hängen auch in den Schulklassen der UNRWA in Gaza, im Westjordanland und in den umliegenden arabischen Staaten. Die Schulbücher zu ändern und Hetze gegen Israel einzustellen, wie in letzter Zeit gefordert, würde nichts an der Tatsache ändern, dass die palästinensischen Lehrer in diesen Schulen ihr verhängnisvolles «Narrativ» lehren.

Der Mythos der Rückkehr wird durch die Angriffe auf die Grenze aufrechterhalten, zu denen die Hamas Tausende Jugendliche an den Grenzzaun karrt. Dazu gehören auch die Brand- und Sprengsätze, die mit heliumgefüllten Luftballons mit dem Wind nach Israel getragen werden und schon Tausende Hektar Wald und Felder verbrannt haben. Manche Sprengsätze sind in Kindergärten oder Schulhöfen gelandet, als Spielzeug getarnt, freundlich und bunt verpackt, um Kinder anzulocken, die netten «Geschenke»

zu öffnen. Jedes israelische Kind an der Grenze wächst mit dem Bewusstsein auf, dass die bunten Grüns der Nachbarn von der anderen Seite des Zaunes eine mörderische Fracht tragen.

Anders als «normale» Politiker bietet Wilf keine «Lösung» an, sondern überlässt es dem Leser, sich Gedanken über seine bisherigen offenbar fehlgeleiteten «Friedenshoffnungen» zu machen, die sich als unrealistisch und falsch herausstellen. Wilf wirft sich selber und den Israelis vor: «Wir haben den Palästinensern nie ordentlich zugehört.» Der gleiche Vorwurf gilt auch den Europäern, die auf kolonialistische Art die Araber und speziell die Palästinenser bevormundet haben und ihnen selbstverständlich eine Versöhnungsbereitschaft nachgesagt haben, die es bei der Führung von Hamas und Autonomiebehörde in Wirklichkeit so jedoch noch nie gab. Auf diese Illusion hin wurden chancenlose «Friedensprozesse» initiiert, die nicht funktionieren konnten, weil sie keine Rücksichten auf die eigentlichen Ziele der Palästinenser nahmen. Hinzu kommen noch Geldspenden in Milliardenhöhe, die, wie nicht anders zu erwarten, in den privaten Taschen einer korrupten Führung versanden. Ein kurzer Besuch in Ramallah, Bethlehem, Nablus oder Hebron könnte anhand der teuren Limousinen und Glaspaläste jeden Besucher ganz leicht davon überzeugen, wohin die kostbaren europäischen Steuergelder fließen. Erstaunlicherweise sind nur die dort weilenden europäischen Diplomaten sowie die meisten europäischen journalistischen Besucher wie von Blindheit geschlagen. Denn warum sonst wird die Kluft zwischen der schrecklichen Armut der angeblich von Israel so unterdrückten Palästinenser einerseits und dem mit teuren Limousinen und säulenbestückten kitschigen riesigen Palästen zur Schau getragenen «stinkenden Reichtum» nie thematisiert?



Klarer Blick auf die Realität: die Politologin Einat Wilf.

Solange europäische Politik im Nahen Osten so wenig mit der Wirklichkeit zu tun hat, sondern ein Produkt der eigenen Illusion bleibt, wird es auch für die Araber aus dem ehemaligen Mandatsgebiet keine Zukunft geben. Die Antwort auf die Probleme der Palästinenser könnte vielleicht ein alter Kaliningrader geben aus der Zeit, als die Stadt noch Königsberg hiess und deutsch war – Immanuel Kant: «Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen.» Mündig zu werden, ist harte Arbeit. 

